

HARALD LANGE

SED und SPD im Dialog

In den achtziger Jahren schien sich in der Systemauseinandersetzung eine Phase anzukündigen, die für beide Seiten mehr Sicherheit und Stabilität, intensivere Wirtschaftsverflechtungen und eine Versachlichung der ideologischen Auseinandersetzungen mit sich bringen könnte. Eine Erinnerung daran verknüpft sofort die Gedanken mit Gorbatschows »Neuem Denken« und dem »Haus Europa«.

Doch schon einige Jahre vor Gorbatschow hatte die DDR-Führung – unter dem Eindruck der sogenannten Nachrüstung, die die Gefahr einer totalen atomaren Zerstörung der beiden deutschen Staaten zweifellos verstärkte – politische Initiativen ergriffen, die dazu verhelfen sollten, die Spannungen nicht zu einer »Eiszeit« in den zwischenstaatlichen Beziehungen ausufern zu lassen. »Koalition der Vernunft« war der von Erich Honecker benutzte zentrale Begriff für den Versuch einer Bündelung unterschiedlichster sozialer und politischer Kräfte zum Kampf für die Verminderung der Kriegsgefahr und für eine »Schadensbegrenzung«.

In der Nachrüstungsdebatte hatte sich auch Konfliktstoff zwischen der UdSSR und anderen Staaten des Warschauer Vertrags angesammelt. Es war nunmehr die Frage, ob die Ost-West-Beziehungen in erster Linie von den Interessen der USA und der UdSSR bestimmt würden und in der gegebenen Situation auf Geheiß der UdSSR einzufrieren seien, bis die amerikanische »Nachrüstung« rückgängig gemacht sei, oder ob die Entspannung als Besitzstand aller europäischen Nationen anzusehen sei und daher in gemeinsamer Verantwortung durch ein Geflecht von bilateralen Kontakten und nationalen Initiativen wiederbelebt werden solle. Letztere Position wurde insbesondere von Ungarn und der DDR vertreten. Im Sommer 1984 kam es zu einer regelrechten Medienfehde zwischen Moskau und Prag auf der einen und Budapest und Ostberlin auf der anderen Seite. Honecker sagte schließlich seine schon vorbereitete Reise in die BRD ab. Der Kurs auf »die uneingeschränkte Bereitschaft der DDR, jeden zu unterstützen, jeden Weg zu beschreiten, jede Idee konstruktiv zu prüfen, die uns einem gesicherten Frieden in Europa näher bringen und dem Weltfrieden dienen«, wie es in dem schon erwähnten Schreiben Honeckers an Bundeskanzler Kohl hieß, blieb jedoch erhalten. Die DDR-Führung hatte im Ergebnis der internationalen Anerkennung der DDR und der Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruchs sowie durch die Aufnahme in die UNO offenbar zu einem gestärkten Selbstbewußtsein gefunden. In einem Klima entspannter Ost-West-Beziehungen hoffte sie, ihren Zielen – der

Harald Lange – Jg. 1934;
Prof. Dr. sc., Historiker,
Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Besprochene Bücher:
Erich Hahn: SED und SPD.
Ein Dialog. Ideologie-
gespräche zwischen 1984
und 1989, edition ost 2002,
280 S. (14,90 €)
Rolf Reißig: Dialog durch die
Mauer. Die umstrittene
Annäherung von SPD und
SED. Mit einem Nachwort
von Erhard Eppler, Campus
Verlag Frankfurt/New York
2002, 449 S. (29,90 €)

vollständigen Anerkennung als Staat durch die BRD und einer gefestigten inneren Stabilität – näher zu kommen als in einem Klima des Kalten Krieges. In diesem Zusammenhang spielte die Erweiterung der Theorie der friedlichen Koexistenz – ihre weitgehende Kompatibilität mit entspannungs- und abrüstungspolitischen Strategien des Westens, wie der in der SPD vertretenen Konzeption einer »gemeinsamen Sicherheit« – eine wichtige Rolle. Damit konnte eine wesentliche Voraussetzung für die als notwendig erachtete Verbesserung der Beziehungen zur BRD wie auch für die Neugestaltung des Verhältnisses zur SPD geschaffen werden. Auf diese historische Konstellation hinzuweisen ist nötig, um den Hintergrund für den tollkühnen Versuch der SED zu verstehen, sich mit der SPD auch auf eine Diskussion über ideologische Fragen einzulassen.

Die SPD war – nach ihren insgesamt positiven Erfahrungen beim Aushandeln des Grundlagenvertrags und anderer Vereinbarungen mit der DDR – ihrerseits zu der Auffassung gelangt, daß ein schrittweiser Aufbau der Parteibeziehungen zur SED im Sinne der Weiterführung ihrer deutschlandpolitischen und ihrer friedenspolitischen Vorstellungen läge, zumal sie seit 1982 nicht mehr Regierungspartei war. Es war dann eine Initiative Willy Brandts, die im Politbüro der SED zu dem Beschluß führte, Parteibeziehungen mit der SPD aufzunehmen.

In der Vielfalt der sich danach entwickelnden Kontakte nahmen die Gespräche zwischen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (AfG) und der Grundwertekommission der SPD eine Sonderrolle ein, weil sie sich den brisanten ideologischen Problemen zuwandten. Im Ergebnis der 4. Gesprächsrunde entstand das 1987 veröffentlichte gemeinsame Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«. Es enthielt neben dem Bekenntnis beider Seiten zur friedlichen Koexistenz und zur gemeinsamen Sicherheit, neben Selbstdarstellungen der weiterhin bestehenden weltanschaulichen und politischen Gegensätze neue Aussagen zur Anerkennung der Friedens-, Entwicklungs- und Reformfähigkeit beider Systeme, das nachdrückliche Einräumen des gegenseitigen und gleichen Rechts auf Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen des jeweils anderen Systems, darüber hinaus auch die Forderung nach dem Recht auf offene Diskussion von Vorzügen und Nachteilen innerhalb der Systeme sowie Forderungen nach einer differenzierten Analyse und Darstellung der jeweils anderen Seite statt der Propagierung pauschaler Feindbilder; auch die gegenseitige Verbreitung von Druckerzeugnissen sei zu erleichtern.

Keine Frage, daß nicht das Kernstück des Dokuments – die Gemeinsamkeiten in der Friedens- und Sicherheitspolitik – in den Mittelpunkt rasch aufbrechender allgemeiner Diskussionen rückte, sondern jene Fragen an Bedeutung gewannen, in denen ein mehr oder weniger starkes Abrücken der SED von ihrem bisher verteidigten Wahrheitsmonopol, eine Einschränkung der bisher geltenden Imperialismusanalyse, ein Infragestellen der marxistischen Auffassung vom gesetzmäßigen Fortgang der Geschichte und eine Annäherung an bürgerliche Demokratie-Vorstellungen erkannt oder vermutet wurden. Es kam hinzu, daß auch diese Aktivität der SED von Moskau wiederum mit dem Verdikt des unerwünschten Alleingangs be-

Honecker benutzte den Begriff »Koalition der Verbündeten« zum ersten Mal in einem Schreiben vom 5. 10. 1983 an Bundeskanzler Kohl, in dem er eineinhalb Monate vor dem Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen an die gemeinsame Verantwortung für den Frieden in Europa appellierte. In: Europa-Archiv 1/1984, D 11 f.

Der Ablauf dieser Angelegenheit ist dokumentiert in: Deutschland-Archiv 8/1984, S. 991 f.

Das Dokument ist bei Reißig abgedruckt S. 393-398, bei Hahn S. 267-277.

legt wurde, weil das gemeinsame Dokument – anders als die Gespräche mit der SPD über chemiewaffenfreie- und atomwaffenfreie Zonen – nicht mit der KPdSU abgestimmt war. Schon kurze Zeit später wandelte sich das Bild allerdings völlig, als die Reformeuphorie in Moskau die vergleichsweise vorsichtigen Formulierungen im gemeinsamen Dokument als marginal erscheinen ließ. Nunmehr geriet die SED-Führung in eine Lage, in der sie sich – da sie das Schrittmaß der »Perestrojka« nicht nachvollziehen wollte und konnte – von Gorbatschow, von den SED-Reformern, von der immer offener agierenden Bürgerrechtsbewegung und von der eben noch umworbenen SPD »umzingelt« sah. Ihre eigene Konzeptionslosigkeit, die sich im Zusammenhang mit dem SED-SPD-Dialog auch darin ausdrückte, daß das gemeinsame Dokument nur ein einziges Mal im Politbüro – ohne Honecker und weitere wichtige Mitglieder wie Hager, Mittag, Mielke und Kessler – zur Beratung stand, machte es der SED-Führung schließlich unmöglich, mit den anwachsenden Problemen fertig zu werden. Honeckers erste Einschätzung, die es sich bei dem Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit« um ein Dokument von großer historischer Bedeutung handle, sollte auf eine von ihm ungeahnte Weise Bestätigung finden.

Zwei der kompetentesten Teilnehmer an den seinerzeitigen Gesprächen zwischen der AfG und der SPD-Grundwertekommission haben jetzt in getrennten Publikationen ihre Erinnerungen an jene Gespräche, ihre Interpretationen und Schlußfolgerungen vorgelegt. In den beinahe anderthalb Jahrzehnten, die seit dem Abbruch der insgesamt sieben Gesprächsrunden vergangen sind, konnten die eigenen Positionen überprüft, Archivalien eingesehen und Interviews mit Zeitzeugen geführt werden. Letzteres hat besonders Reißig sehr umfangreich getan.

Hahn und Reißig haben ihre Publikationen auf unterschiedliche Weise angelegt. Bei Hahn, der Gespräch für Gespräch chronologisch beschreibt und einschätzt – schließlich hat er neben Otto Reinhold als dem Leiter der SED-Delegation als einziger an allen Gesprächsrunden teilgenommen –, kann der Leser recht genau das Auftreten der beteiligten Personen kennenlernen. Indem Hahn fast jedes Kapitel seines Buches mit einem Abschnitt »Aus heutiger Sicht« beschließt, gelingt es ihm, nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, »daß mit dem Fortfallen des einen Partners der andere nicht aus dem Kreuzverhör entlassen sei!« (Hahn mit Berufung auf Günter Krusche, dem ehemaligen Generalsuperintendenten der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, S. 125.)

Reißig gewährt ebenfalls Einblicke in den konkreten Verlauf der Gesprächsrunden. Er konzentriert sich jedoch einerseits stark auf das maßgeblich von ihm und Thomas Meyer (SPD) verfaßte Dokument, bezieht andererseits aber auch immer den gesamten politischen Dialog der SED mit der SPD in seine Betrachtungen ein. Reißig befaßt sich vor allem auch ausführlich mit den Reaktionen, die das Dokument in beiden deutschen Staaten und im Ausland hervorrief. Insonderheit behandelt er dessen Aufnahme in den verschiedenen Schichten der DDR-Bevölkerung, in den kirchlichen Kreisen, auf seiten der oppositionellen Gruppierungen und natürlich innerhalb der SED.

Eine Dokumentation zu dieser Problematik mit Beiträgen von Erhard Eppler, Iring Fetscher, Erich Hahn, Thomas Meyer, Otto Reinhold, Rolf Reißig, Johano Strasser und Karsten Voigt erschien 1988 unter dem Titel »Kultur des Streits« im Verlag Pahl-Rugenstein Köln.

»Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen. Sie sollte auch getragen sein von dem Versuch, sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzudenken, freilich nicht um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen.« (Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Abschnitt V.)

Die politische Gewichtung des gemeinsamen Dokuments fällt bei Hahn und Reißig sehr verschieden aus. Reißig weist dem Dokument eine herausragende Rolle – wenn auch nicht die entscheidende – bei der in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sich entfaltenden Reformdiskussion in der DDR zu. Hahn hingegen verneint eine solche Rolle. Er beruft sich darauf, daß »Kausalbeziehungen zwischen dem Dokument und oppositionellen Tendenzen in der SED ... bislang nicht schlüssig bewiesen« seien (Hahn, S. 235). In der Regel werde »die Feststellung einer durch das Dokument ausgelösten oder beförderten Reform-Opposition indirekt aus Reaktionen der SED-Führung abgeleitet« (Hahn, S. 235). Aus entsprechenden Veröffentlichungen, zum Beispiel die Begründungen für Parteiausschlüsse betreffend, gehe jedoch »ein direkter Zusammenhang mit dem Dokument nicht hervor« (Hahn, S. 236). Reißig bringt seinerseits eine beträchtliche Anzahl von Nachweisen, daß es derartige Zusammenhänge durchaus gegeben habe. Reißig deckt zudem in jedem Kapitel seiner Arbeit den Widerspruch auf, der zwischen der von ihm seinerzeit erhofften Umsetzung des produktiven Reformansatzes des gemeinsamen Dokuments und der Unfähigkeit und dem Unwillen der SED-Führung bestand, einen Dialog in den eigenen Reihen zu gestatten. Die Hoffnung auf systemstabilisierende Reformen erwies sich letztlich als illusionär. Reißig verweist auch immer wieder – was leider zu zahlreichen Wiederholungen führt – auf eigene und von anderen Personen beziehungsweise Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SED vorgetragene Reformideen, die – so zaghaft sie auch sein mochten – stets an der Intransigenz der SED-Führung scheiterten. Die Tatsache, daß sich Teile der Bürgerrechtsgruppen ebenfalls auf das Dokument beriefen, machte die Situation nicht einfacher. Hahn verschweigt keineswegs die Reformverweigerung der SED-Führung; er billigt jedoch beispielsweise den SPD-Gesprächspartnern nicht jenes Maß an Kritik zu, das sie in jener Zeit gegenüber der DDR anwandten. Denn – so schreibt er – ein Gesprächsvermerk über eine Begegnung Honeckers mit Brandt zitierend, Brandt »teile die Auffassung, daß die Linie des gemeinsamen Dokuments zwischen SPD und SED gut sei, vor allem sei der Grundgedanke richtig, daß die bestehenden Gegensätze kein Hindernis für die Schaffung einer bleibenden Friedensordnung sein dürften« (Hahn, S. 147). Das heißt, die Ursachen, die den Streit zwischen der SED und der SPD schließlich zu einem Streit in der SED werden ließen, beurteilen die beiden Autoren unterschiedlich. Beide legen hingegen Wert auf die Feststellung, daß mit den Gesprächen und mit dem gemeinsamen Dokument keine Absicht der SPD zur Erosion der DDR verbunden gewesen sei (Reißig, S. 97), wie das nach der Wende von einigen Sozialdemokraten behauptet wurde. Bei Hahn und mehr noch bei Reißig spürt man den Druck, dem sich beide durch die Aufrechterhaltung der Parteiläusung ausgesetzt sahen, wenn sie in den Gesprächen in die Defensive gedrängt wurden (Reißig, S. 68/69), wenn sie Repressionen in der DDR zu verteidigen suchten, »die selbst unter einem engen sicherheitspolitischen Gesichtswinkel fragwürdig waren« (Hahn, S. 147). Reißig befaßt sich in seiner Arbeit sehr differenziert mit den unterschiedlichen Auffassungen, die über die Wirkungen des gemeinsamen Doku-

ments existieren: ob es der »kommunistischen Diktatur« eher genutzt oder geschadet, ob es die Wende befördert oder behindert hätte etc. Die ursprünglichen Absichten der Dialog-Politik faßt Reißig so zusammen: »Dialog als Entwicklung einer neuen politischen Streitkultur zwischen unterschiedlichen Parteien und zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Ost und West, Dialog als neuer Schub im Entspannungsprozeß und in den deutsch-deutschen Beziehungen und Dialog als gesellschaftlicher Wandel und Reform in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik, als Ko-Evolution in Ost und West.« (Reißig, S. 374) Als Ergebnis – so schreibt er – bleibe ein wesentlicher positiver Wert des SED-SPD-Papiers bestehen: »Es kann bis heute als ein Beispiel dafür gelten, wie politische Konkurrenten und ideologische Widersacher mit gesellschaftlichen Grundkonflikten und ideologischen Auseinandersetzungen umgehen könnten: Nicht um diese Konflikte vollends zu lösen, sondern um Bewegungsformen zu finden, die den Streit in der Kooperation ermöglichen.« (Reißig, S. 378)

»Es gehört zur Souveränität sich selbst gegenüber, um mit einem solchen Partner friedlich, partnerschaftlich umzugehen. Das Papier setzt Zeichen in dieser Hinsicht. Nicht nur ein Bekenntnis zu gemeinsamer Sicherheit, zu Frieden kamen da in Frage, sondern Anwendung auf das eigene Verhalten angesichts einer nicht einfachen Tradition der Geschichte der Beziehungen.«
(Erich Hahn in der Diskussion mit Johano Strasser auf dem 6. Krefelder Forum am 2./3. Oktober 1987 in Nürnberg.)

Hahn argumentiert ähnlich. Er spitzt seine Schlußfolgerungen jedoch weiter zu, indem er schreibt: »Der Streit müßte jetzt beginnen.« Seine Begründung: 1987 seien die Gesprächspartner stolz darauf gewesen, die Geschichte als »offen« anzusehen; jetzt werde das Ende der Geschichte deklariert (Fukuyama). 1987 sollte keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen; im neuen Jahrtausend stehe das »Gute« wiederum einer »Achse des Bösen« gegenüber. 1987 sei man einig gewesen, daß die These vom gerechten Krieg der Korrektur bedürfe; jetzt würden Kriege wieder sanktioniert. 1987 hätte die »Fähigkeit zum Dialog, zur Vertrauensbildung, zum Konsens, zum Abbau von Mißtrauen« die bestimmende Rolle gespielt; jetzt werde der »Kampf der Kulturen« propagiert. (Hahn, S. 124/125)

Beide Autoren bieten dem interessierten Leser erstmals einen umfangreichen Einblick in die Materie des problemreichen Dialogs zwischen der SED und der SPD. Bei Hahn werden die damals neuen theoretischen Implikationen deutlich, die bei den Diskussionen über das Menschenbild, über Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte, über den Freiheitsbegriff, über die Menschenrechte und über Sicherheitspartnerschaft zutage traten. Bei Reißig lassen sich zahlreiche Beziehungsebenen finden, die sich zwischen der Vielfalt der Reform- und Oppositionsströmungen jener Zeit und dem Parteiendialog ergeben hatten.

Es wäre falsch zu sagen, das Lesen des einen Buches erübrige die Lektüre des anderen. Sie ergänzen sich beide gerade durch ihre unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Und selbst die Widersprüche, die es zwischen ihnen gibt, sind geeignet, das eigene Nachdenken über die Ursachen der Wende zu vertiefen.